

# Calmer Tagblatt

Nr. 246.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang

Veröffentlichungsmittel: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 75 Pf. wöchentlich. Auf Sammelanzeigen kommt ein Aufschlag von 100%. — Receptiv.

Freitag, den 21. Oktober 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frägerlohn Mk. 12.00 vierteljährlich. Verlagspreis Mk. 12.00 mit Bestellgeld. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Die Mitteilung des Urteils von Genf an Deutschland.

### Der angebliche Wortlaut der Entscheidung.

Paris, 20. Okt. (Havas.) Man veröffentlicht heute das Dokument über Oberschlesien, das dem Völkerbundsrat und dem Vorsitzenden des Obersten Rats unterbreitet wurde, gemäß der einstimmig am 12. Oktober angenommenen Empfehlung.

Die Grenze folgt der Ober von dem Punkte ab, wo dieser Fluss in Oberschlesien eintritt bis Niebelsch. Sie verläuft dann in nordöstlicher Richtung. Danach fällt der südliche Teil des Kreises Ratibor, der größte Teil des Kreises Kynow, der ganze Kreis Plesch, Stadt- und Landkreis Ratibor, Stadt- und Landkreis Königshütte, Landkreis Beuthen, der größte Teil des Kreises Tarnowitz mit Tarnowitz, sowie des Kreises Lublitz an Polen.

Um die Fortdauer des wirtschaftlichen Lebens Oberschlesiens nach der Teilung zu sichern und auf ein Mindestmaß die Schwierigkeiten der Uebergangsperiode zu beschränken, wurden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

Die Bahnlinien, die Privatgesellschaften gehören, werden auch weiterhin wie bisher verwaltet. Für die Bahnstrecken des deutschen Staates wird ein gemeinsames Betriebssystem während 15 Jahren in Kraft treten. Die Tarife werden vereinheitlicht und die Fahrpläne sollen den Bedürfnissen der Industrie angepasst werden und der Aufenthalt an der Grenze möglichst kurz sein. In dem Abstimmungsgebiet wird während eines Zeitraums, der 15 Jahre nicht übersteigen darf, die deutsche Mark das einzige gesetzliche Zahlungsmittel sein. Dieses System kann nach einer Vereinbarung zwischen beiden Regierungen geändert werden. Für Post-, Telephon- und Telegrammgebühren wird für die ganze Dauer des deutschen Selbstregiments die deutsche Mark festgesetzt.

**Zollverwaltung.** Die Zollgrenze fällt mit der politischen Grenze zusammen. Die Zollgebühren und Zollgebühren kommen mit einigen Ausnahmen zur Anwendung. So dürfen während 6 Monaten Rohstoffe, Halbfabrikate und unvollendete Fabrikate, welche aus den industriellen Unternehmen der beiden Parteien ins Abstimmungsgebiet kommen und von den industriellen Unternehmen der anderen Partei der gleichen Zone fertiggestellt oder verbraucht werden sollen, zollfrei über die Grenze gehen. Während 15 Jahren dürfen die gleichen Erzeugnisse der gleichen Herkunft und gleicher Bestimmung die Grenze zollfrei überschreiten, wenn sie zum Wiederimport in das Ursprungsland bestimmt sind. Alle Naturprodukte oder Fabrikate aus dem polnischen Teil des Abstimmungsgebietes werden auf die Dauer von 3 Jahren von sämtlichen Zöllen bei ihrer Einfuhr in das deutsche Zollgebiet befreit. Diese dreijährige Periode beginnt mit dem Tag der Notifizierung der deutsch-polnischen Grenzschlichtung.

**Kohlen und Gruben.** Polen wird während 15 Jahren die Ausfuhr der Grubenerzeugnisse aus dem Abstimmungsgebiet erlauben. Was die Kohlen anbetrifft, so wird den verschiedenen Bestimmungen der Verträge, Beschlüsse, internationalen Vereinbarungen usw. zwischen Deutschland und Polen und den Gegenden, die unmittelbar oder mittelbar an der Einfuhr ober-schlesischer Kohlen interessiert sind, Rechnung getragen werden. Deutschland wird gleichfalls auf die Dauer von 15 Jahren die Ausfuhr seiner Grubenerzeugnisse nach Polen erlauben.

**Verschiedene Bestimmungen.** Verschiedene andere Maßnahmen werden ins Auge gefasst betreffend die Sozialversicherung, die Arbeiterverträge und den Verkehr zwischen den beiden Parteien im Gebiet. Jeder Einwohner, der seinen regulären Wohnsitz im Abstimmungsgebiet hat oder seine reguläre Beschäftigung, wird eine Verlehrsurlaubnis kostenlos erhalten, die ihm erlaubt, die Grenze ohne Hindernisse zu überschreiten.

Die in Kraft befindlichen Verordnungen im Abstimmungsgebiet betreffend insbesondere Gruben, Industrie- und Handelsunternehmen, Arbeitergesetzgebung bleiben in Kraft bis zu dem Augenblick, wo Polen eine auf sein Gebiet anwendbare Gesetzgebung geschaffen hat, die an die Stelle der früheren Verordnungen treten kann.

Alle diese aufgeführten Maßnahmen werden Gegenstand eines zu treffenden Abkommens zwischen Deutschland und Polen in der Form einer allgemeinen Konvention zwischen den beiden Ländern bilden. Diese Konvention wird daher Oberschlesien während der Uebergangszeit unter ein besonderes Regime stellen. Zur Erleichterung der Vorbereitung und der Ausführungskontrolle dieser zeitlichen Maßnahmen wird eine Kommission gebildet, die aus der gleichen Anzahl Polen und Deutschen aus Oberschlesien besteht, mit einem Vorsitzenden einer anderen Staatsangehörigkeit. Sie wird den Titel „Gewissigkeitskommission“ führen und hauptsächlich beratend sein. Ein Schiedsgericht kann eingesetzt werden, um alle Streitigkeiten zu regeln, die sich aus der Anwendung der zeitlichen Maß-

nahmen ergeben können. Streitfälle, die sich aus der Ausübung und der Auslegung der allgemeinen Konvention ergeben, werden auf Grund der Bestimmungen der genannten Konvention und des Völkerbundsstatuts, falls dies nötig ist, geregelt.

### Die Stimmung in Warschau.

Warschau, 20. Okt. Der polnische Ministerrat hielt nach der „Südd. Ztg.“ gestern eine Sondersitzung ab, in der die außenpolitische Lage im Hinblick auf die Genfer Entscheidung eingehend beraten wurde. Die Sitzung dauerte sieben Stunden. Beschlüsse wurden jedoch nicht gefasst, da man erst die offizielle Bekanntgabe des Völkerbundsentscheids abwarten will. In der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden mit dem Außenminister Skirmunt wurde beschlossen, den Termin für die Besprechung der ober-schlesischen Entscheidung im Sejm ebenfalls erst nach Empfang der offiziellen Bekanntgabe des Völkerbundsbeschlusses festzusetzen.

### Die Note Briands zur Mitteilung an die deutsche Regierung.

Berlin, 21. Okt. Die Botschafterkonferenz übermittelte gestern nachmittag dem deutschen Botschafter in Paris nachstehende Note über die ober-schlesische Entscheidung:

Herr Botschafter!

Ich habe die Ehre, Ihnen anbei den Text der Entscheidung zu übermitteln, die die Botschafterkonferenz am 20. Oktober ds. Js. namens und im Ausdrück ihrer Vollmacht der Regierungen des britischen Reichs, Frankreichs, Italiens und Japans getroffen hat, die mit den Vereinigten Staaten von Amerika als alliierte und assoziierte Großmächte den Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet haben.

Die genannten Mächte haben gemäß dem Friedensvertrag eine Lösung gesucht, die dem Wunsch der Bevölkerung, wie er in der gemeinwesenlichen Abstimmung zum Ausdruck gekommen ist, entspricht und die geographische und wirtschaftliche Lage der Ortshafte berücksichtigt. Sie haben sich deshalb nach Einholung des Gutachtens des Völkerbundsrats veranlaßt gesehen, den Industriebezirk Oberschlesiens zu teilen. In Anbetracht der Tatsache, daß die verschiedenen Volksteile geographisch zerstreut liegen, andererseits aber stark untereinander vermengt sind, mußte jede Teilung dieses Gebiets dazu führen, daß auf beiden Seiten der Grenzlinie ziemlich beträchtliche Minderheiten blieben und daß wichtige Interessengebiete auseinandergerissen wurden.

In Berücksichtigung dieser Umstände enthält die getroffene Entscheidung Maßnahmen, um im Interesse der Allgemeinheit die Fortdauer des Wirtschaftslebens ebenso wie den Schutz der Minderheiten in Oberschlesien zu gewährleisten.

Die deutsche Regierung muß sich auch voll dessen bewußt werden, daß die alliierten Mächte ihre Entscheidung als ein einheitliches Ganzes betrachten und daß sie fest entschlossen sind, seinen verschiedenen Teilen Geltung zu verschaffen. In dem Fall, daß die beteiligten Regierungen oder eine von ihnen sich aus irgend einem Grunde weigern sollte, die Entscheidung insgesamt oder zu einem Teil anzunehmen oder durch ihre Haltung zu erkennen geben würde, daß sie der loyalen Durchführung der Entscheidung Hindernisse in den Weg zu legen bestrebt ist, behalten sich die alliierten Mächte in der Erwägung, daß es im Interesse des allgemeinen Friedens notwendig ist, die vorgesehene Regelung so schnell wie möglich durchzuführen, solche Maßnahmen vor, die sie für geeignet halten, um die völlige Durchführung der Entscheidung sicher zu stellen.

Genehmigen Sie usw.

A. Briand.

### Zur Note Briands.

Die Mitteilung des Urteils von Genf, denn um ein solches handelt es sich, nicht um eine Entscheidung des Obersten Rats, die Mitteilung durch den Botschafterrat unter Briands, des französischen Ministerpräsidenten, Unterschrift an die Regierungen Berlin und Warschau ist erfolgt. Die Note ist, so diplomatisch sie sich gibt, ein Ergebnis größter Verlegenheit und höchster Verschlagenheit. Sie versucht, alle Einwände gegen die Entscheidung von vornherein damit abzutun, daß sie die Entscheidung nach Form und Inhalt in Uebereinstimmung mit dem Friedensvertrag und dem Abstimmungs-ergebnis in Oberschlesien gebracht haben will. Gegen diesen Täuschungsversuch muß mit allen Mitteln öffentlich angekämpft werden. Wir werden auf die Note und die Entscheidung über Oberschlesien noch näher eingehen, sobald der deutsche amtliche Text der Mitteilung vorliegt. Nach der Havas-Veröffentlichung wärz das Ganze in seinen einzelnen Bestimmungen ein in jeder Hinsicht, nach Form und Inhalt, Zweck und Ziel, dem „Friedens“-Vertrag von Versailles

würdiges Seitenstück. Es ist festzuhalten, daß, entgegen Briands Note, das Urteil von Genf gegen Friedensvertrag und Abstimmungs-ergebnis gleichermaßen verstoßt. Wir werden den Nachweis erbringen. Ueber die Stellung der deutschen Regierung zur „Entscheidung“ verlaute bis jetzt aus Berlin noch nichts. Leicht ist ihr diese von den Diplomaten der Botschafterkonferenz nicht gemacht. Die Mitteilung aus Paris scheint gestern abend noch nicht vollständig eingetroffen zu sein. Darum heißt es abwarten. Schon jetzt aber gibt es nur eins: in ganz Deutschland einmütig Einspruch erheben!

Regierung und Volksvertretung haben nun Zeit genug gehabt, ihre Beschlüsse zu fassen, Haltung zu haben und Stellung zu nehmen. Aber in Berlin scheint man sich noch immer nicht einig zu sein. Vielleicht spricht der Reichstag über Regierung und Parteien hinweg das letzte Wort.

### Was man von Deutschland und Polen erwartet.

Paris, 20. Okt. Ueber die Beschlüsse der Botschafterkonferenz wird in einer ausführlichen Havas-Meldung noch gesagt: Das Schreiben, in dem Deutschland und Polen die Entscheidung in der ober-schlesischen Frage mitgeteilt wird, endigt mit dem Willen, den Inhalt durch beide Parteien befolgt zu sehen, sowie mit der Androhung von Zwangsmahnahmen, falls einer der Beteiligten sich weigern sollte, den Spruch zu unterzeichnen. Der zweite Teil der Mitteilungen enthält die Angabe der Grenzlinie, sowie die Ausführung der Maßnahmen, deren Einzelheiten schon gemeldet wurden. Außerdem werden die Maßnahmen dargelegt, die die Nationalitätenfrage und den Schutz der Minderheiten in Oberschlesien regeln sollen. Das für das Inkrafttreten der Entscheidung vorgesehene Verfahren wird etwa das folgende sein: Die deutsche Grenzfeststellungskommission ist aufgefordert worden, unverzüglich mit der Abgrenzungsarbeit zu beginnen. Die polnischen und deutschen Regierungen werden aufgefordert werden, binnen 8 Tagen einen Bevollmächtigten zu den wirtschaftlichen Verhandlungen zu bezeichnen, sowie die Delegierten für die gemischte vorübergehend tätige Verwaltungskommission. Gleichzeitig soll der Völkerbund gebeten werden, den Präsidenten dieser Kommission zu bestimmen. — Die Mitteilung der Botschafterkonferenz soll heute gegen abend veröffentlicht werden. In ausländischen Kreisen glaubt man, daß Deutschland und Polen der Ausführungsart dieser „gerechten“ und „praktischen“ Entscheidung keine Schwierigkeiten machen können.

### Der Zweck der wirtschaftlichen Regelungen.

Paris, 20. Okt. (Havas.) Die vom Völkerbundsrat vorgeschlagenen und von den alliierten Mächten angenommenen Maßnahmen zur Fortdauer des wirtschaftlichen Lebens in Oberschlesien zielen darauf ab, während einer gewissen Zeit den Industrien in dem von Deutschland abzutretenden Gebiete ihre früheren Absatzgebiete zu wahren und die Lieferung der Rohstoffe und der Fabrikate, die für diese Industrien erforderlich sind, sicherzustellen, beiderseitige Unruhen zu vermeiden, die sich aus der völligen Ersetzung der deutschen durch die polnische Mark, die allein gesetzliches Zahlungsmittel in den an Polen überantworteten Gebieten ist, ergeben könnten, ferner zu vermeiden, daß der Eisenbahnverkehr in Oberschlesien in Mitleidenschaft gezogen wird und den Personenverkehr über die neue Grenze aufrecht zu erhalten, die Lieferung von Wasser und Elektrizität zu regeln, den Privatbesitz zu schützen und soweit wie möglich für die Arbeiter in den Polen zugeteilten Gebieten die Vorteile zu sichern, die sie aus der deutschen Gesetzgebung und den Organisationen ihrer Gewerkschaften zogen und schließlich den Schutz der Minderheiten auf der Grundlage der gerechten Gegenseitigkeit zu sichern. Zu diesem Zwecke ist für die Eisenbahn ein neues Uebergangsstadium vorgesehen, die 15 Jahre als einheitlicher Betrieb weiter geführt werden soll. Während eines Zeitraums, der 15 Jahre nicht überschreiten darf, wird die deutsche Mark in den an Polen abzutretenden Gebieten beibehalten und während der gleichen Periode werden die Post-, Telephon- und Telegraphengebühren in der polnischen Zone in deutscher Mark festgesetzt. Das Zollsystem wird an der polnischen Grenze eingeführt mit wenigen Ausnahmen für Naturerzeugnisse von oder nach einem der beiden Teile, die in dem anderen Teil weiter bearbeitet werden sollen und die auf die Dauer von 15 Jahren zollfrei sind. Polen wird in Uebereinstimmung mit Artikel 90 des Friedensvertrages auf die Dauer von 15 Jahren nur den Export der Bergwerkszeugnisse der polnischen Zone nach Deutschland gestatten. Dagegen muß Deutschland die Ausfuhr aus seinen Bergwerken unter den gleichen Bedingungen und auf der Grundlage des Warenaustausches vor dem Kriege gestatten. Die beteiligten Regierungen erkennen während der 15 Jahre die Verbände der Arbeitgeber und der Arbeiter in dem Abstimmungsgebiet an. Das deutsche System der sozialen und staatlichen Fürsorge wird in dem Polen zugeteilten Gebiete Oberschlesiens beibehalten. Der Privatbesitz (KonzeSSIONen und Vorrechte) wird garantiert. Streitfälle wirtschaftlicher Art zwischen Deutschland und Polen müssen dem Schiedsgericht des Völkerbunds vorgelegt werden.

en, zur Vergärung ge-  
ehalt der heurigen vor-  
er geringen Zudermens-  
Anwendung gärrückiger  
t leicht und schnell be-  
ohol vertragen können.  
im Keller probieren,  
oder nicht, und wird  
n, oder b) den Zulas-  
en vornehmen müssen.  
Vergärung des Zuckers  
etwa ein Fehler, wie  
der vermosteten durch-  
sein, daß die Klärung  
t man unbegreiflicher-  
indem man Zucker zu  
Das ist unsinnig, ist  
Weine nach dem Wein-  
nden Weinen ist durch  
zu entscheiden, ob sie  
besitzen, und es ist nach  
technisch richtig und  
und Krankheiten.

smäßig säurearm sind,  
ben darauf ankommen,  
ie sonst unharmonisch  
güßlich kühles Lager  
schlossenen und spund-  
Weine von der Hele  
Einführen der Weine  
brennen der Rotweine  
ürchten, daß der rote  
et; im Gegenteil, die  
er, feuriger, wird ein  
ne, wie wir ihn gerade  
beobachten können.

R. u. d. y. h. i. Calw  
n Buchdruckerei, Calw.

ird am Freitag,  
hr im Badisch. Hoi

zu Breslau  
hauspiel  
Calw  
geföhrt.

Mk. 3.— u. 4.—  
Kirchherr.

aladung.

andie, Freunde und  
nsiag, 22. Oktober

=Feier

h“ in Althengstett

Schmied,  
Schmiedmeister.

ing,  
auer in Althengstett.

Uhr.

h-Jetschhausen.

aladung.

ier

rbindung

Freunde u. Bekannte  
1921 in das Gasth.  
freundlich einzuladen.

Roch,  
Böblingen,  
erhaus.

h,  
Bahnwärter a. D.,  
Uhr.

eder besonderen Ein-

ngen ins Ausland

### Der Schutz der Minderheiten.

Paris, 20. Okt. Aus den Veröffentlichungen über Oberschlesien ist weiter hervorgehoben der Abseh über den Schutz der Minderheiten. Demnach erhält jede im Augenblick der endgültigen Teilung des Abstimmungsgebietes in dem Polen zuzulassenden Teil anässiger Person, die für die deutsche Staatsangehörigkeit optiert und während 12 Monaten, die auf den Tag der Ausübung des Optionsrechts folgen, keinen Gebrauch von dem Recht macht, ihren Wohnsitz nach Deutschland zu verlegen, das Recht, ihren Wohnsitz in Polen während einer Zeitdauer von 15 Jahren beizubehalten. Jede Person polnischer Abstammung, die über 18 Jahre alt ist und im Augenblick der endgültigen Gebietsabteilung in dem Deutschland zugewiesenen Teil anässig ist, erhält das Recht, innerhalb zweier Jahre für die polnische Staatsangehörigkeit zu optieren. Alle an dem gleichen Tag im endgültig Deutschland zugeteilten Teil Oberschlesiens anässigen Polen sind berechtigt, dort ihren Wohnsitz während einer Periode von 15 Jahren beizubehalten. Diese Bestimmung findet Anwendung sowohl auf die Polen, die deutscher Staatsangehörigkeit waren und für Polen optiert haben, wie auch für die polnischen Angehörigen die keine deutsche Staatsangehörigen gewesen sind. Alle anderen Fragen, die sich auf die Nationalität der in Oberschlesien anässigen Personen und auf den Schutz der Minderheiten im Abstimmungsgebiet beziehen, sind entsprechend dem Versailler Vertrag und der Völkerbundessatzung zu regeln. Die in diesem Sinne getroffenen Maßnahmen werden für Deutschland und für Polen internationale Verpflichtungen darstellen und in gleicher Weise wie die Bestimmungen des am 28. Juni 1919 zwischen den alliierten Staaten und Polen abgeschlossenen Vertrages unter die Bürgschaft des Völkerbundes gestellt werden.

### Die deutsche Presse zum Urteil von Genf.

Berlin, 20. Okt. Die „Deutsche Zeitung“ fordert entschlossene Ablehnung des offensibaren Fehlschlusses über Oberschlesien. Sowohl die Entscheidung des Obersten Rats über die Grenzfestsetzung als auch die sogenannten Empfehlungen des Völkerbundsrats, in Oberschlesien einen wirtschaftlichen Halbstaat zu schaffen, seien als rechtswidrig und dem Vertrag von Versailles nicht entsprechend zurückzuweisen.

Der „Vorwärts“ stellt fest, daß die Grenzfestsetzung noch ungünstiger ausgefallen sei, als bisher in Deutschland angenommen wurde. Die Statistik der „Gazeta Poranna“ dürfte ungefähr richtig sein, der zufolge 100 Prozent der Zinkproduktion, 85 Prozent der Kohle, 70 Prozent des Stahls und 65 Prozent des Eisens auf die polnische Seite zu liegen kämen. Auch der „Vorwärts“ erklärt die Entscheidung als im Widerspruch zu dem Versailler Vertrag stehend und sagt: Der von den Alliierten gewählte Weg, der sowohl für Deutschland wie für Polen einen Zwang schafft, sich über die wirtschaftlichen Fragen zu verständigen, wird hoffentlich von dem Bestreben bestimmt, der gestellten Entscheidung ihren vertragswidrigen Charakter zu nehmen. Er wird aber in Wirklichkeit nur verschleiert, denn das, was in den wirtschaftlichen Bestimmungen zu einem bindenden Recht für beide Teile erklärt wird, greift weit über den Versailler Vertrag hinaus.

### Schweizer Pressestimmen.

Büsch, 18. Okt. Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt, es könne sich erst nach offizieller Publikation zeigen, ob die von französischer Seite vorgeschlagene Zweiteilung des Völkerbundsgutachtens nicht den Intentionen des Völkerbundes völlig widerspreche. Was soll geschehen, wenn Deutschland oder Polen dem Vorschlag der Zweiteilung nicht zustimmt? Wird sich hier das in Versailles begonnene System des Diktats nicht rächen? Trotz des Spruchs des Völkerbundsrats lastet das obereschlesische Problem noch immer auf Europa.

Der Pariser Korrespondent des Berner „Bund“ schreibt, in Frankreich habe man die deutsche Erregung für unberechtigt. Die Deutschen hätten überhaupt nicht mehr erreichen können. Der ursprüngliche Plan war, Oberschlesien vollständig an Polen zu geben. Auf den englischen Antrag hin ist die Volksabstimmung bewilligt worden und sie hat wiederum auf englischen Antrieb unter günstigen Bedingungen für Deutschland stattgefunden. Das eingeschlagene Verfahren zeugt von sehr viel gutem Willen bei den Siegern. Im Gegensatz zu dem schlechten Willen Deutschlands, das sich dem Spruch des Völkerbundes nicht fügen wollte. Man habe sorgfältig bemerkt, in welcher Weise Deutschland die Entscheidung in Genf zu beeinflussen versucht habe. Die gesamte Entente sei entschlossen, die Entscheidung durchzuführen. Wenn Deutschland sich außerstande erkläre, seine Vertragsverpflichtungen zu erfüllen, so sehe das Völkerrechtswesen wieder ein. Wenn Deutschland das Wiesbadener Abkommen rückgängig machen wolle, müsse es nach Wegnahme des Ultimatus bar bezahlen. Durch Nichtleistung werde es vertragsbrüchig und unterliege den Straf- bzw. Beitreibungsmahnahmen. Alsdann werde sich die Frage der Ruhrbesetzung und anderer Maßnahmen erheben. Das Blatt weist auf die schweren Folgen der Erfüllungsverweigerung für Deutschland selbst hin und auf die Möglichkeit der Demission Wirths. Bei einer Ersetzung durch ein reaktionäres Kabinett werde sich der Ententeindruck verschärfen. Die Ersetzung durch ein anderes demokratisches Kabinett würde keinen Sinn haben. Es würde geraume Zeit dauern, bis dieses sich das Zutrauen erworben habe, das Wirth gegenwärtig genieße. Die Ententemächte seien in der Durchführung der Entscheidung des Völkerbundes einig.

### Rundgebungen gegen das Urteil von Genf.

#### Bewahrung der Handelskammer Mannheim.

Mannheim, 18. Okt. Die Handelskammer Mannheim hat in ihrer Vollversammlung am 18. Oktober 1921 die nachstehende Rundgebung einstimmig beschlossen: Nach gleichlautenden Berichten in und ausländischer Zeitungen soll in Genf über Oberschlesien eine Entscheidung getroffen worden sein, die dem Sinn des Friedensvertrages von Versailles widerspricht, Hunderttausende von Deutschen gegen ihren schriftlich ausgesprochenen Willen zu Untertanen einer feindlichen Regierung macht, den größten Teil der Bodenschätze

Oberschlesiens Polen überantwortet und dadurch die fernere Blüte des durch deutschen Fleiß und deutsche Organisation geschaffenen Industriebezirks aufs schwerste bedroht. Die heutige Vollversammlung der Handelskammer Mannheim erhebt gegen die neue Vergewaltigung unseres Volkes flammenden Protest und ersucht die badische Regierung bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck dahin vorstellig zu werden, daß nichts unberücksichtigt gelassen wird, um unsere kümmerlichen Rechte aus dem Friedensvertrag von Versailles zu sichern, die Vergewaltigung unserer deutschen Brüder hintanzuhalten und gegen den Verlust unserer Bodenschätze mit umso mehr Nachdruck anzukämpfen, als durch denselben auch die letzte Aussicht auf Erfüllung der von uns und unseren Feinden gegenüber übernommenen Verpflichtungen unmöglich gemacht wird.

#### Einspruch der Handelskammer Breslau.

Breslau, 19. Okt. Die Breslauer Handelskammer richtete an die Ministerpräsidenten der Ententestaaten ein Telegramm, in dem sie gegen die Entscheidung, die in Genf über das Schicksal Oberschlesiens getroffen wurde, feierlichst entsetzten Protest einlegt. Die Entscheidung widerspreche den Bestimmungen des Friedensvertrages, dem Ergebnis der Volksabstimmung, die trotz polnischer Vergewaltigungen eine überwiegende deutsche Mehrheit ergeben habe, und jedem Empfinden von Recht und Billigkeit. Sollte die Genfer Entscheidung zur Wirklichkeit werden, so müsse der wirtschaftliche Zusammenbruch Oberschlesiens die unausbleibliche Folge sein. Wir erheben in letzter Stunde warnend unsere Stimme, so schlecht das Telegramm. Wie lange noch werden die verantwortlichen Leiter der Politik die elementaren Notwendigkeiten des deutschen und des europäischen Wirtschaftslebens mißachten?

### Zur Lage in Oberschlesien.

#### Befürchtungen bei der Interalliierten Kommission in Oppeln.

London, 19. Okt. Der Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ in Oppeln, dem Sitze der interalliierten Abstimmungskommission, wo sich zahlreiche Sachverständige befinden, hegt man die schlimmsten Befürchtungen wegen der wirtschaftlichen Folgen des Entscheides des Völkerbundes, soweit dieser bekannt sei. Für die Befürchtungen werden beratige Gründe angeführt, daß man die Entscheidung des Völkerbundes nur bedauern könne. Einige Sachverständige seien der Ansicht, daß, abgesehen von der Ungeheuerlichkeit des Völkerbundsvorschlages, der Erfolg der Empfehlung des Bundes davon abhängt, daß Deutschland im freundschaftlichen Sinne mitwirken wolle, was man selbst von Engeln nicht erwarten könne und ob die Polen bereit seien, mit den verhassten Feinden zusammenzuwirken. Allgemein herrsche die Ansicht, daß das obereschlesische Dreieck wirtschaftlich und kulturell bestehen bleiben werde.

#### Die Polen nicht zufrieden.

Königsblüte, 19. Okt. Das Organ des polnischen obersten Volksrates, weiß aus Pariser politischen Kreisen mitzuteilen, daß man dort die Ansicht hegt, Polen werde bezüglich der wirtschaftlichen Kommission gegen Oberschlesien in zwei Punkten Einspruch erheben, nämlich gegen die 15jährige Dauer der Tätigkeit der Kommission und gegen das Recht der Kommission, sich in die Angelegenheiten der sozialen Arbeitergesetzgebung einzumischen.

#### Die Freude der Polen über die Entscheidung.

Katowitz, 20. Okt. Der Warschauer Glas Karo dny begrüßt die Genfer Entscheidung folgendermaßen: Wir gehen nach dem Westen vor. Es ist etwas direkt Unbegreifliches. Mögen unsere Herzen an diesem Tage nicht nur von Stolz erfüllt sein, sondern auch von dem Gefühl der großen Verantwortlichkeit für das Schicksal dieses Landes. Diese neue starke Erschütterung dieses Landes müßte auch die Atmosphäre unseres Landtages reinigen. Entgegen wir doch dadurch Zeiten der Unsicherheit, dem wirtschaftlichen Chaos, dem Bakterium, wird dadurch doch unsere Stellung in Europa gesichert und unser Glaube an die Zukunft Polens befestigt. Wir gelangen allmählich aus dem Sumpfe von diplomatischen Intrigen und innerer Unordnung in ein ruhiges Fahrwasser.

#### Schaden-Erhebungen in Oberschlesien.

Oppeln, 20. Okt. Bezüglich der Schäden, die die Deutschen Oberschlesiens seit dem 10. Februar 1920, dem Tage der Besetzung des Landes, erlitten haben, werden gegenwärtig Erhebungen angestellt. Man hofft, daß die Schäden in vollem Umfange erfasst werden. Die bisher bei den zuständigen Landräten in Oppeln angemeldeten Summen gehen in die Milliarden.

#### Deutsch-polnische Grenzgeschehnisse.

Rosenberg, 19. Okt. Jenseits der Grenze sind im Raume von Pratzla-Stang neue polnische Truppenformationen angekommen. In der Nacht zum 18. Oktober unternahmen anscheinend einige dieser Formationen einen Vorstoß im Raume Wiszrau-Bogdanowitsch. Nach zweistündigem Feuer, bei dem Maschinengewehre und Handgranaten verwendet wurden, zogen sich die Polen wieder zurück.

### Noch keine Entscheidung in Berlin.

#### Einlauf der Note in Berlin.

Berlin, 20. Okt. Wie der „Südd. Ztg.“ mitgeteilt wird, hat heute abend die Note über Oberschlesien bruchstückweise einzulassen begonnen. Bis jetzt waren erst zwei Seiten dechiffriert. Da das Schriftstück außerordentlich umfangreich zu werden verspricht, nimmt man an, daß heute abend der Text der Note noch nicht endgültig festgelegt sein wird. Eine Veröffentlichung kommt mithin heute nicht mehr in Frage. Im übrigen besteht der Eindruck, daß die Regierung sich mit der Veröffentlichung der Entscheidung nicht beeilen will.

Berlin, 20. Okt. Wie die „Südd. Ztg.“ erfährt, wird morgen die Entscheidung dem Kabinett vorliegen, das dann seine Entschlüsse fassen wird. Die Stellungnahme des Kabinetts wird voraussichtlich in der Reichstagsitzung am Samstag erfolgen. Die in den Blättern verzeichneten Gerüchte, daß der Pariser Vorkämpfer Dr. Mayer sich in Berlin aufhalte, werden an zuständiger Stelle als falsch erklärt.

### Die Regierungserklärung zu dem Genfer Urteil am Freitag oder Samstag?

Berlin, 20. Okt. Der Vizepräsident des Reichstags, an dessen heutiger Sitzung der Reichsminister des Äußeren Dr. Rosen teilnahm, hat beschlossen, daß der Präsident des Reichstags sich zunächst mit dem Reichskanzler darüber verständigen soll, wann die Regierungserklärung über die Genfer Beschlüsse abgegeben werden kann. Die Plenarsitzung wird voraussichtlich entweder am Freitag nachmittag oder am Samstag vormittag stattfinden.

#### Die Frage der Regierungsneubildung.

Berlin, 20. Okt. Im Laufe des gestrigen Tages fanden Fraktionsführungen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei statt. Ueber den Verlauf und das Ergebnis der Beratungen innerhalb des Zentrums wird in der Zentrums-Parlamentskorrespondenz mitgeteilt, daß die Auffassungen über die politische Lage völlig einheitlich gewesen seien. Damit wird den Gerüchten entgegengetreten, die von einer durch Strömungen im Zentrum ins Auge gefassten Neubildung des Kabinetts unter Führung eines anderen vom Zentrum zu benennenden Parlamentariers wissen wollten. Ueber das Ergebnis der Beratungen innerhalb der Deutschen Volkspartei ist bis jetzt eine parteiamtliche Meldung nicht ausgegeben worden. Die völlige Klärung der politischen Lage dürfte sich aus den Beratungen des Kabinetts auf Grund der heute vorliegenden Entscheidung über Oberschlesien und aus der unmittelbar darauf — voraussichtlich am Sonntag abend — stattfindenden Plenarsitzung des Reichstags ergeben.

#### Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei.

Berlin, 20. Okt. Zur Frage der Kabinettsbildung im Reich erklärt heute der „Vorwärts“, daß, wenn tatsächlich die Deutsche Volkspartei es ablehnen sollte, in ein Kabinett Wirth einzutreten, dies besagen werde, daß die Deutsche Volkspartei die bisherige Politik der Reichsregierung verurteilt und eine ganz andere Politik wünscht. Die Sozialdemokratie könnte eine solche neue Politik nicht mitmachen. Die neue Politik könnte bei sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstages in schärfster Opposition drängen.

Berlin, 20. Okt. Das Stegerwaldsche Blatt „Der Deutsche“ will sich auf die Persönlichkeit Wirths nicht festlegen. Das Blatt schreibt: Sollte es dem Kabinett Wirth nicht gelingen, die Vermittlungsektion zwischen der Deutschen Volkspartei und der Mehrheitssozialdemokratie durchzuführen, so wäre eine neue Lage geschaffen. Die außer- und innerpolitische Lage fordert gebieterisch die Herstellung der größten Koalition an Personenfragen dieser nationalen Frage gegenüber selbstverständlich keine Rolle spielen.

#### Volkshafter Mayer noch in Paris.

Paris, 20. Okt. Zu der Pressemeldung, der deutsche Volkshafter Dr. Mayer sei nach Berlin abgereist, ist festzustellen, daß der deutsche Volkshafter Paris nicht verlassen hat.

Bis jetzt keine Ablehnung eines Kabinetts Wirth durch die deutsche Volkspartei.

Berlin, 20. Okt. Die Nationalliberale Korrespondenz bemerkt die Mitteilung des „Vorwärts“ und der „Freiheit“, daß die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei in der gestrigen Sitzung durch Mehrheitsbeschluß den Eintritt in ein Kabinett Wirth abgelehnt habe. Die Beratungen werden heute fortgesetzt. Eine Abstimmung hat gestern nicht stattgefunden.

#### Die Auffassung der Sozialdemokratie: Die Entscheidung über Oberschlesien kein Anlaß zu einer Regierungskrise.

Berlin, 20. Okt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am heutigen Nachmittag zu einer Sitzung zusammen. In der Aussprache ergab sich als einmütige Auffassung, daß die Entscheidung über Oberschlesien keinen Anlaß gibt, eine Regierungskrise zu eröffnen und daß für eine solche kein Augenblick unglücklicher Wendung werden könnte als der gegenwärtige. Die Fraktion lehnte es ebenso ab, die Frage des Verbleibens oder des Strazes der gegenwärtigen Regierung in diesem Augenblick von der Lösung der komplizierten Steuerfrage abhängig zu machen, die langwierige und sachliche Beratungen erfordere. Sie ist daher einmütig der Überzeugung, daß die Reichsregierung ihr Verbleiben von nichts anderem abhängig machen darf als von dem Votum des Reichstags, der sofort nach Bekanntgabe der Entscheidung über Oberschlesien anzuhören sein wird. Sie ist bereit, der gegenwärtigen Reichsregierung ihr Vertrauen auszusprechen. Dieser Auffassung der Fraktion stimmten auch die Vertreter Oberschlesiens ausdrücklich zu. Morgen, Freitag, vormittag tritt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit dem Parteiausschuß zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen.

### Ausland.

#### Eine englische Stimme für „Revision der Gesamtfrage“.

London, 21. Okt. Das Unterhausmitglied Kennworthy hat folgenden Antrag eingebracht: Das Haus ist der Ansicht, daß die unter dem Friedensvertrag und dem daraus folgenden Abkommen Deutschland auferlegten Reparationszahlungen für den Handel der Welt nachteilig sind und es gibt der Meinung Ausdruck, daß die Zeit für eine Revision der Gesamtfrage gekommen ist mit dem Vorbehalt, daß jede mögliche Unterstützung von Seiten Deutschlands für den Aufbau der verwüsteten Gebiete in Frankreich gegeben werden soll.

#### Immer noch keine Ruhe an der österreichisch-ungarischen Grenze.

Wien, 19. Okt. Wie die „Parlamentarische Korrespondenz“ erfährt, hat die österreichische Regierung von dem gestrigen Beschluß des Ausschusses für Neuheres die in Betracht kommenden Mächte, vor allem die italienische und die ungarische Regierung, in Kenntnis gesetzt und trifft alle Vorbereitungen, damit der von dem Ausschuß gewünschte beschleunigte Abschluß der Frage ehestens durchgeführt wird. Bei der ganzen bürgerlichen Presse lagen heute Meldungen über eine unausgesetzte Tätigkeit der Banden vor, die, wie ein italienischer Offizier aus Neusiedel meldet, keineswegs die Absicht haben,

das Burgenland von den ungarischen Truppen, jedoch Zerstörungen, um den von Bruck durch bisher von den zahlreichen ungarischen Bauern besetzt. Die Lage ist bedrohlich. Viele

### Reinhold

Washington, von den britischen Truppen zur Beilegung abgelehnt. Man habe, er könne Konferenz nicht ausgedrückt, die Arbeiten der

### Die Ent

London, 19. der deutschen Entente veranlaßt, verändert haben sich durch ein

### Berlin 19.

Sachlage darüber, nämlich Major Töbft haben, sich der Leistung von Reichsgericht höheres Geleite sie ihm ungenügend fügen stellen, zu bestimmend

### Schlagw

Genf, 20. Okt. der Zehe Wiltz netter Explosion, bis jetzt wurde tere Rettungsar

### Die Kredit

Schafstalt erklärt, Interzessionsab einigung der Plenum emp eines Gehebes Zugrundelegung

### Besprech

Berlin, 19. rung und Lan Hermes abgeh Lage der Kart Ministers wur im Interesse d preise dringend schaft und Han der Lage Zeit lung herbeizufü

### Besprech

Berlin, 19. rung und Lan Hermes abgeh Lage der Kart Ministers wur im Interesse d preise dringend schaft und Han der Lage Zeit lung herbeizufü

# Dem Fenster Arten amstag?

des Reichstags, an dessen  
Leutern Dr. Rosen  
des Reichstags ist  
verständigen soll, wenn  
der Beschluß abgegeben  
vorausichtlich entwer  
vormittag stattfinden.

## Neubildung.

igen Tages fanden Fra  
deutschen Volkspartei statt.  
Beratungen innerhalb der  
entsprechend mitge  
Lage völlig einheitlich  
entgegengetreten, die von  
unge gefassten Neubildung  
ren vom Zentrum zu be  
— Ueber das Ergebnis  
Volkspartei ist bis jetzt  
eben worden. Die völlige  
aus den Beratungen der  
Entscheidung über den  
vorausichtlich am Sonn  
Reichstages ergeben.

## Die Volkspartei.

binettbildung im  
tatsächlich die Deutsch  
kabinett Wirth einzutret  
che Volkspartei die bis  
rteilt und eine ganz  
okratie könnte eine solche  
ue Politik könnte bei  
Reichstages in schärfste

## Die Entscheidung über Regierungskrisis.

liche Reichstagsfraktio  
Sitzung zusammen. In  
ge Aufassung, daß die  
Anlaß gibt, eine Regie  
solche kein Augenblick  
als der gegenwärtig.  
Frage des Verbleibes  
Regierung in die  
gerten Steuerfrage ab  
sachliche Beratungen  
Weberzeugung, daß die  
chts anderem abhän  
Reichstags, der sofort nach  
schlesten anzuhören sein  
Reichsregierung ist  
ng der Fraktion stän  
sdrücklich zu. Morgen  
fraktische Reichstagsfrak  
emeinsamen Sitzung zu

## Die Entscheidung über Regierungskrisis.

liche Reichstagsfraktio  
Sitzung zusammen. In  
ge Aufassung, daß die  
Anlaß gibt, eine Regie  
solche kein Augenblick  
als der gegenwärtig.  
Frage des Verbleibes  
Regierung in die  
gerten Steuerfrage ab  
sachliche Beratungen  
Weberzeugung, daß die  
chts anderem abhän  
Reichstags, der sofort nach  
schlesten anzuhören sein  
Reichsregierung ist  
ng der Fraktion stän  
sdrücklich zu. Morgen  
fraktische Reichstagsfrak  
emeinsamen Sitzung zu

## Die Entscheidung über Regierungskrisis.

liche Reichstagsfraktio  
Sitzung zusammen. In  
ge Aufassung, daß die  
Anlaß gibt, eine Regie  
solche kein Augenblick  
als der gegenwärtig.  
Frage des Verbleibes  
Regierung in die  
gerten Steuerfrage ab  
sachliche Beratungen  
Weberzeugung, daß die  
chts anderem abhän  
Reichstags, der sofort nach  
schlesten anzuhören sein  
Reichsregierung ist  
ng der Fraktion stän  
sdrücklich zu. Morgen  
fraktische Reichstagsfrak  
emeinsamen Sitzung zu

## Die Entscheidung über Regierungskrisis.

liche Reichstagsfraktio  
Sitzung zusammen. In  
ge Aufassung, daß die  
Anlaß gibt, eine Regie  
solche kein Augenblick  
als der gegenwärtig.  
Frage des Verbleibes  
Regierung in die  
gerten Steuerfrage ab  
sachliche Beratungen  
Weberzeugung, daß die  
chts anderem abhän  
Reichstags, der sofort nach  
schlesten anzuhören sein  
Reichsregierung ist  
ng der Fraktion stän  
sdrücklich zu. Morgen  
fraktische Reichstagsfrak  
emeinsamen Sitzung zu

## Die Entscheidung über Regierungskrisis.

liche Reichstagsfraktio  
Sitzung zusammen. In  
ge Aufassung, daß die  
Anlaß gibt, eine Regie  
solche kein Augenblick  
als der gegenwärtig.  
Frage des Verbleibes  
Regierung in die  
gerten Steuerfrage ab  
sachliche Beratungen  
Weberzeugung, daß die  
chts anderem abhän  
Reichstags, der sofort nach  
schlesten anzuhören sein  
Reichsregierung ist  
ng der Fraktion stän  
sdrücklich zu. Morgen  
fraktische Reichstagsfrak  
emeinsamen Sitzung zu

## Die Entscheidung über Regierungskrisis.

liche Reichstagsfraktio  
Sitzung zusammen. In  
ge Aufassung, daß die  
Anlaß gibt, eine Regie  
solche kein Augenblick  
als der gegenwärtig.  
Frage des Verbleibes  
Regierung in die  
gerten Steuerfrage ab  
sachliche Beratungen  
Weberzeugung, daß die  
chts anderem abhän  
Reichstags, der sofort nach  
schlesten anzuhören sein  
Reichsregierung ist  
ng der Fraktion stän  
sdrücklich zu. Morgen  
fraktische Reichstagsfrak  
emeinsamen Sitzung zu

das Burgenland zu räumen. Rekrutierungen werden unter Be  
tung der ungarischen Insurgentenführer unausgeseht vorgenom  
men, jedoch Tag für Tag Flüchtlinge aus dem Burgenland ein  
treffen, um dem Militärdienst zu entgehen. Die Beschießung  
von Bruck dauert fort, doch konnte die Einnahme der Stadt  
bisher von der österreichischen Reichswehr abgewehrt werden.  
Zahlreiche ungarische Geschosse haben Fenster, Häuser, Dächer  
und Mauern zerstört. Zwei Frauen wurden dabei schwer ver  
letzt. Die Lage der Einwohner von Bruck ist aufs schwerste ge  
schädelt. Viele Familien sind geflüchtet.

## Keine amtliche Teilnahme Amerikas an der Finanzkonferenz.

Washington 19. Okt. (Havas.) Präsident Harding hat die  
von den britischen Vertretern an ihn gerichtete Einladung, Be  
treter zur der Finanzkonferenz am 6. Dezember zu entsenden,  
abgelehnt. Man will wissen, daß der Präsident geantwortet  
habe, er könne keine Regierungsvertreter bestimmen, da die  
Konferenz nichtamtlich sein solle. Der Präsident habe weiter  
ausgedrückt, daß wahrscheinlich private Sachverständige an den  
Arbeiten der Konferenz teilnehmen werden.

## Die Entente verantwortlich für den Sturz der Mark.

London, 19. Okt. „Daily Chronicle“ schreibt zum Sturz  
der deutschen Mark, wenn der Sturz so weiter gehe, sei die  
Entente verantwortlich, weil sie ihn nicht auf die einzige Art  
verhindert habe, durch den er zu verhindern gewesen wäre, näm  
lich durch eine Verminderung der Zahlungsleistungen Deutsch  
lands. Der rasche Sturz der Mark könne katastrophale Folgen  
zeitigen, die sich weit außerhalb Deutschlands fühlbar ma  
chen würden und das Wiederaufleben des Handels in Europa  
noch weiter verzögerten.

## Deutschland.

### Der Rapp-Butsch-Prozess.

Berlin 19. Okt. Im Rapp-Butsch-Prozess ist eine Aenderung der  
Euchlage dadurch eingetreten, daß 4 der flüchtigen Angehul  
digten, nämlich Oberst Bauer, Korvettenkapitän Ehrhardt,  
Major Babsi und Schriftsteller Schnitzler, sich bereit erklärt  
haben, sich dem Gericht zu stellen, wenn sie gegen Sicherheits  
leistung von der Untersuchungshaft verschont würden. Das  
Reichsgericht hat ihnen durch Beschluß vom 17. dieses Monats  
sicheres Geleite bewilligt, jedoch nur unter der Bedingung, daß  
sie sich ungefährdet dem Untersuchungsrichter in Leipzig zur Ver  
fügung stellen, daß sie an einem von dem Untersuchungsrichter  
zu bestimmenden Ort im Inland Aufenthalt nehmen, diesen  
Ort ohne richterliche Genehmigung außer zur Wahrnehmung  
gerichtlicher Termine nicht verlassen und daß sie jeder Ladung  
zu einem gerichtlichen Termin folgen. Auf diese Weise wird  
es ermöglicht, das Verfahren gegen den größten Teil der An  
geschuldigten in der Rapp-Sache, nämlich außer den Vor  
genannten auch gegen die Angehuldigten von Jagow, von  
Wangenheim und Dr. Schiele einheitlich durchzuführen. Der  
gegen die letzteren bereits auf den 27. ds. Mts. angesetzte  
Hauptverhandlungstermin mußte daher ausgesetzt werden.  
Das Verfahren gegen sämtliche Angehuldigte wird nach Mög  
lichkeit beschleunigt. Mit dem Stattfinden der Hauptverhand  
lung ist in naher Zeit zu rechnen.

### Schlagwetterexplosion im Ruhrkohlengebiet

Essen, 20. Okt. Heute morgen gegen 7 Uhr ereignete sich auf  
der Zeche „Victoria Matthias“ (vormals Zeche Gustav) eine Schlag  
wetterexplosion, die sich aber nur auf einen kleinen Herd beschränkte.  
Bis jetzt wurden zwei Tote und sieben Verwundete geborgen. Wei  
tere Rettungsarbeiten sind im Gange.  
Hierzu wird ergänzend gemeldet: Der Explosionsherd befindet  
sich auf der 9. Sohle des Flözes Westphal. Der Arbeitspunkt war  
mit drei Mann besetzt. Die Nachbarbetriebe werden aber bekanntlich  
bei solchen Vorfällen immer in Mitleidenschaft gezogen. Die Berg  
behörde ist zur Stelle und die Untersuchung eingeleitet. Drei Tote  
sind geborgen; zwölf Mann wurden verletzt.

### Die Kreditvereinigung des deutschen Gewerbes.

Berlin, 19. Okt. Der Reparationsausschuß des Reichswirt  
schaftsrat erklärte sich heute grundsätzlich mit dem von seinem  
Unterausschuß ausgearbeiteten Entwurf für eine Kreditver  
einigung der deutschen Gewerbe einverstanden. Er wird dem  
Plenum empfehlen, die Reichsregierung um die Einbringung  
eines Gesetzes über die Bildung einer Kreditgemeinschaft unter  
Zugrundelegung der im Entwurf enthaltenen Richtlinien zu  
ersuchen.

### Besprechung beim Reichsernährungsminister über die Kartoffelverjorgung.

Berlin, 19. Okt. In einer im Reichsministerium für Ernäh  
rung und Landwirtschaft unter dem Vorsitz des Ministers Dr.  
Fermes abgehaltenen Besprechung wurde die augenblickliche  
Lage der Kartoffelverjorgung eingehend erörtert. Seitens des  
Ministers wurde mit Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß  
im Interesse der Konsumenten eine Senkung der Kartoffel  
preise dringend notwendig sei. Die Vertreter von Landwirt  
schaft und Handel wurden ersucht, im Hinblick auf den Ernst  
der Lage kein Mittel unverzucht zu lassen, um eine Preisren  
kung herbeizuführen, was sie versprachen. Auch die Frage der  
Beseitigung einheitlicher Höchst- und Mindestpreise wurde eingehend  
besprochen, von Landwirtschaft und Handel aber einstimmig  
abgelehnt mit der Begründung, daß eine solche Maßnahme le  
bighlich geeignet sei, die Ware vom Markt zu vertreiben und  
dadurch zu einer Verschlechterung der Kartoffelverjorgung zu  
föhren. Uebereinstimmend wurde die Ursache der augenblick  
lichen Preisentwärtung in dem mangelhaften Abtransport der  
Kartoffeln gesehen. Seitens des Vertreters des Reichsver  
kehrsministeriums wurde dem entgegengehalten, daß vom 1.  
September bis 4. Oktober insgesamt 128 663 Waggons zum  
Abtransport der Kartoffeln gestellt worden seien. Rechner man  
eine Wagenbeladung von 10 Tonnen, so ergebe sich, daß in die  
sem Jahr bis zum 14. Oktober 25 732 000 Zentner den Bedarfs

bezirken zugeführt worden seien. Diese Zahl bleibe hinter der  
des Vorjahrs lediglich um 1 Million Zentner zurück. Das  
Reichsverkehrsministerium beabsichtige jedoch noch, durch wei  
tere einschneidende Maßnahmen eine Verstärkung der Wagen  
stellung zu erzielen. In dem Schlußwort des Ministers wur  
den Landwirtschaft und Handel nochmals mit Entschiedenheit  
gebeten, in stärkstem Umfang durch Aufklärung in der Lokal  
presse und durch Rundschreiben an die unterstellten Organisa  
tionen die Landwirtschaft zu einer verstärkten Ablieferung zu  
angemessenem Preis anzuregen. Er müsse anerkennen, daß der  
oben angegebene Verstand an Kartoffeln als unbefriedigend  
nicht anzusehen sei und daher auch für die Bevölkerung zu  
übertriebenen Besorgnissen kein Anlaß vorliege.

### Steuerprivilegien und Elektrizitätswirtschaft.

Berlin, 19. Okt. Der Reparationsausschuß des vorläufigen  
Reichswirtschaftsrats nahm in der Sitzung vom 18. Oktober eine  
Entscheidung an, worin die Regierung ersucht wird, in eine  
Prüfung der Frage einzutreten, ob der Fortfall der Steuer  
befreiungsvorschriften für die Elektrizitätswirtschaft möglich sei  
ohne die finanzielle Grundlage der Gemeinden noch stärker zu  
gefährden. Die Verjorgung möglichst aller deutschen Gemein  
den mit elektrischem Strom sei wichtig und dringlich. Die Auf  
hebung der Befreiungsvorschriften für die Monopolbetriebe des  
Reiches selber lehnt der Ausschuß ab. Für den Fall, daß die  
vom Reichswirtschaftsrat gewünschte Prüfung zu einem Fort  
fall der gemeindlichen Steuerprivilegien führt, wurde beschlos  
sen, daß aus den Steuerentnahmen der Gemeinden elf Zwölftel  
der bezahlten Steuern zurückzuerzählen sind.

### Aus Stadt und Land.

#### Calw, den 21. Oktober 1921.

#### Briefmarkenausstellung.

(Wir weisen auch unterseits noch einmal auf die Samstag  
und Sonntag im Georgenäum stattfindende Briefmarken-Ausstellung  
hin. Sie darf jedenfalls bei ihrem kulturgeschichtlichen Wert auch  
über die Sammlerfreize hinaus Interesse beanspruchen.)

#### Natmäßliches Wetter am Samstag und Sonntag.

Der Hochdruck hält immer noch allen aus Westen kommenden  
Störungen stand. Am Samstag und Sonntag ist vorherrschend  
trockenes, zeitweilig nebligcs und etwas kühleres Wetter zu er  
warten.

#### Städteitag des Schwarzwalbkreises.

(S. B.) Troßingen, 19. Okt. In der am 15. ds. Mts. unter  
dem Vorsitz von Stadtschultheiß Carl-Mehingen hier abgehal  
tenen Vollversammlung des Städteitags des Schwarzwalbkreises  
stand im Mittelpunkt der Beratungen die Bekämpfung der Woh  
nungsnot. Berichterstatter war Stadtschultheiß Rommel-Ba  
lingen, dessen Ausführungen 12 Leitätze zu Grunde lagen,  
die nach einer lebhaften Aussprache von der Generalversamm  
lung einmütig angenommen wurden. Es heißt darin u. a.: Die  
Wohnungszwangswirtschaft kann nicht ganz entbehrt werden,  
solange nicht das Angebot die Nachfrage auf dem Wohnungs  
markt annähernd deckt. Allmählicher Abbau ist anzustreben. An  
zustreben ist ferner eine Durchsicht und eine einfachere, klarere  
Zusammenfassung, teilweise auch eine Ergänzung der Bestim  
mungen über Mieterchutz und Wohnungszwangswirtschaft. Ge  
fordert werden muß eine Abklärung des Instanzenzugs in Woh  
nungsachen (2 Instanzen, darunter 1 Bescheidinstanz, dazu  
Rechtsbeschwerde an den Verwaltungsgerichtshof). Die Aus  
nahmestellung der Reichs- und Staatsgebäude in der Woh  
nungsbewirtschaftung und die Ausnahmestellung der Reichs-  
und Staatsbeamten hinsichtlich der Befriedigung ihrer Woh  
nungsbedürfnisse ist zu bejätigen. Nur die Durchführung der  
Maßnahmen zur Beseitigung der Wohnungsnot ist Aufgabe der  
Gemeinde, nicht aber Eigenbau, oder Finanzierung fremden  
Wohnungsbaus ausschließlich aus Gemeindegeldern. Für die  
Förderung des Wohnungsbaus durch die Gemeinde müssen auch  
in Zukunft ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden  
durch eine besondere Wohnungsabgabe. Die künstliche Niedrig  
haltung der Mieten durch gesetzliche Bestimmungen ist auf die  
Dauer ein Fehler. Sie verhindert den notwendigen Bau von  
Wohnungen durch das Privatkapital, Lösung der Wohnungs  
not durch Mittel von Reich, Staat und Gemeinde allein ist  
unmöglich, Sozialisierung aussichtslos, weil heute undurchführ  
bar. Angemessene schrittweise Erhöhung der Mieten ist not  
wendig. Nationalisierung, Beschlagnahme und Einbau haben sich  
als wenig wirksame Mittel erwiesen. Der Einbau ist meist  
unrentabler, als der Neubau. Die Vorschläge wurden als ein  
Weg bezeichnet, auf dem in den nächsten Jahren die Wohnungs  
not restlos beseitigt werden könne, ohne Inanspruchnahme all  
gemeiner Staats- und Gemeindegeldern. Es wurde nicht ver  
kannt, daß sich angeichts der Haltung mancher Kreise gegen  
über dem Vorschlag einer Erhöhung der Wohnungsmieten und  
angeichts des Widerstands, den schon das wirtl. Wohnungsab  
gabegesetz gefunden hat, der Durchführung der in den Leitätzen  
niedergelegten Gedanken große Schwierigkeiten und Wider  
stände entgegenstellen werden. Demgegenüber wurde aber her  
vorgehoben, daß es die Pflicht gerade der Gemeindevorstände  
und Gemeindevorteiler sei, die die Schwierigkeiten der Beseiti  
gung der Wohnungsnot und die Bedürfnisse auf diesem Ge  
biet am besten kennen, offen auszusprechen, daß auf den bisher  
betretenen Wegen eine restlose Beseitigung der Wohnungsnot  
unmöglich sei. Stadtschultheiß Baur-Mürtingen erstattete  
einen Bericht über die Tätigkeit des Steuerausgleichsstabs-Ver  
teilungsausschusses, ferner in einer abends stattgefundenen ge  
selligen Vereinigung mit den Gemeindebeamten und Ge  
meindevorteilern, sowie mit dem Volksbildungsausschuß von  
Troßingen, einen in mehrfacher Hinsicht interessanten Bericht  
über eine in Donaueschingen stattgefundene Versammlung wegen  
der Vereinigung von Württemberg und Baden.

#### (S. B.) Stuttgart, 19. Okt. Der Streik im Baue

erz wurde heute durch Verhandlungen beim Arbeitsmin  
sterium unter dem Vorsitz von Ministerialrat Schmuder durch  
einen Vergleich beigelegt und damit die Aussperrung im Bau  
gewerbe beendet. Dabei wurden bezüglich der Löhne seitens  
der Arbeitgeber einige Zugeständnisse gemacht zu den Lohn  
sätzen, die am 4. Oktober vereinbart wurden. In der höchsten  
Lohnklasse tritt statt der damals gewährten Zuschläge von 40  
Pfg. ab 1. Oktober ein Stundenzuschlag von 80 Pfg. und statt  
der weiteren Zulage von 30 Pfg. ab 15. November eine Zulage  
von 50 Pfg. ab 10. November (Beginn der Zahlungsperiode).  
Den übrigen Arbeitergruppen werden unter Berücksichtigung  
der bisher bestehenden Unterschiede ähnliche Zulagen gewährt.  
Streik und Aussperrung sind mit sofortiger Wirkung aufge  
hoben. Die Arbeit wird spätestens am Freitag, soweit nicht  
technische Hindernisse entgegenstehen, aufgenommen.

sterium unter dem Vorsitz von Ministerialrat Schmuder durch  
einen Vergleich beigelegt und damit die Aussperrung im Bau  
gewerbe beendet. Dabei wurden bezüglich der Löhne seitens  
der Arbeitgeber einige Zugeständnisse gemacht zu den Lohn  
sätzen, die am 4. Oktober vereinbart wurden. In der höchsten  
Lohnklasse tritt statt der damals gewährten Zuschläge von 40  
Pfg. ab 1. Oktober ein Stundenzuschlag von 80 Pfg. und statt  
der weiteren Zulage von 30 Pfg. ab 15. November eine Zulage  
von 50 Pfg. ab 10. November (Beginn der Zahlungsperiode).  
Den übrigen Arbeitergruppen werden unter Berücksichtigung  
der bisher bestehenden Unterschiede ähnliche Zulagen gewährt.  
Streik und Aussperrung sind mit sofortiger Wirkung aufge  
hoben. Die Arbeit wird spätestens am Freitag, soweit nicht  
technische Hindernisse entgegenstehen, aufgenommen.

### Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

#### Der Kurs der Reichsmark.

Frankfurt, 20. Okt. Am Devisenmarkt bedangen im heut  
Frühverkehr Holland 5500, Schweiz 2950, London 635, Paris  
1170, Newyork 161. Der Newyorker Nachbörsentkurs für die  
Reichsmark wird mit 0,65 gemeldet, was einem deutschen De  
visenkurs von 153,89 M entsprechend würde. (Frf. Z.)

#### Bericht der Remptener Butter- und Käsebörsen.

(S. B.) Stuttgart, 19. Okt. (14. Börsenbericht.) Preis für  
Butter per Pfd. 22,72, Gesamtumsatz: Butter 126 513 Pfd.  
Preis für 20prozentige Käse 7,83 M pro Pfd. Ge  
samtumsatz: Käse 495 917 Pfd. Preis für Rundkäse  
12,28 M. Gesamtumsatz: Rundkäse 135 222 Pfund.

#### Die Torfgewinnung in Deutschland.

Aus einer Zusammenstellung des Statistischen Reichsamts  
über die Torfmoore im Deutschen Reich geht hervor, daß auf  
Württemberg und Baden 50 000 Hektar fallen. Der gewon  
nene Brennstoff wird für das Jahr 1921 in ganz Deutschland  
auf rund 3 Millionen Tonnen geschätzt. In Süddeutschland gab  
es im Jahr 1913 29 Torfwerke mit 1103 Arbeitern; 1920 zähl  
man 77 Werke mit 4523 Arbeitern.

#### Die Ausuhr im kleinen Grenzverkehr.

Die für den Grenzverkehr gegebenen Ausfuhrerleichterungen  
haben infolge der fortschreitenden Entwertung der deutschen Valuta  
eine außerordentliche Steigerung der Ausfuhr im Grenzverkehr und  
damit eine für die Grenzbevölkerung sehr empfindliche Verringerung  
des Angebots und Preiserschöpfung von Gegenständen des täglichen  
Lebens herbeigeföhrt. Der Beauftragte des Reichskommissars für  
Aus- und Einfuhrbewilligung in Karlsruhe hat nunmehr im Ein  
vernehmen mit der bairischen Regierung die Sammelausfuhrbewil  
ligung für den kleinen Grenzverkehr, sowie die Ermächtigung der  
Zollstellen, gewisse Waren zur freien Ausfuhr zuzulassen, bis auf  
weiteres zurückgezogen. Wegen einer weiteren, den Verhältnissen im  
kleinen Grenzverkehr entsprechenden Einschränkung der zur Ausfuhr  
völlig freigegebenen Waren schweben noch Verhandlungen mit den  
zuständigen Reichsstellen.

#### Märkte.

##### Pferde und Vieh.

(S. B.) Eningen, 19. Okt. Der Viehmarkt war mit  
500 Stück Groß- und Kleinvieh besahren. Der Handel war leb  
haft, die Preise wenig anziehend. Ochsen kosteten 10—12 000  
Mark, Stiere 7000—9000, Milchkühe 5000—8000 und Rinder  
4500—6000 M. — Der Schafmarkt war mit über 4000 Stück  
besahren. Der Handel war schleppend. Hammel (Jährlinge)  
350—400 M, je das Stück.

##### (S. B.) Ludwigsburg, 19. Okt. Der Schweinemarkt

war mit 226 Milch- und 16 Läuferchweinen besahren. Der  
Handel war flau. Milchschweine kosteten 200—250 M, Läufer  
schweine 500—850 M das Stück.

##### (S. B.) Stuttgart, 19. Okt. Dem Mostobstmarkt auf dem

Nordbahnhof waren 21 Wagen neu zugeführt, worunter 10 aus  
Württemberg und 11 aus Frankreich. Preis wagenweise für  
1 Zentner Obst aus Württemberg 110—114 M, aus Frankreich  
100—105 M, im Kleinverkauf 112—114 M.

##### Weinpreise.

(S. B.) Weinsberg, 19. Okt. Unter großem Andrang fand  
heute die Versteigerung der hiesigen Weingärtnergesellschaft  
statt. Es wurden bei überaus hohen Preisen verkauft: 40 Hektoliter  
Schwarzriesling zu je 3000 M, 170 Hektoliter Trollinger  
mit Lemberger zu 3040—3300, 200 Hektoliter Weißriesling  
(Bergwein) zu 2550—2580, 280 Hektoliter Weißwein mit Ries  
ling bis zu 2080 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an  
den Börsen- u. Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch  
die sog. wirtsch. Verkehrslosten in Zuschlag kommen. D. Schriftl.

### Kirchliche Nachrichten.

#### Evang. Gottesdienst.

22. Sonntag nach Trin., 23. Okt. 1921. Vom Turm: 4:30  
9 1/2 Uhr: Hauptgottesdienst; Predigtlied: Nr. 437, Kommt  
ins Reich der Liebe; Stadtpfarrverweser Josenhans. 10 1/2 Uhr:  
Sonntagsschule. 1 Uhr: Christenlehre, Töchter jüngere Abtl.  
Donnerstag, 27. Okt. 1921, 8 Uhr: Bibelstunde; Stadt  
pfarrverweser Josenhans.

#### Katholische Gottesdienste.

Sonntag, den 23. Oktober, 8 Uhr, Frühmesse, 10 1/2 Uhr:  
Predigt u. Ami, 2 Uhr: Andacht, Werktags Gottesdienst 1/8 Uhr.  
Gottesdienste der Methodistengemeinde.  
Sonntag, den 23. Oktober, vorm. 10 1/2 Uhr: Predigt Göller,  
vorm. 11 Uhr: Sonntagsschule, abends 8 Uhr: Flöher.  
Mittwoch, 9 Uhr: Bibelstunde.

#### Stammheim.

Vorm. 10 Uhr: Erntedankfest, Flöher. Nachm. 1/2 Uhr:  
Festgottesdienst. Mittwoch, 8 Uhr: Bibelstunde.

Für die Schriftleitung verantwortlich J. B.: W. R u d o l p h i, Calw.  
Druck und Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

**Bergorte**  
Oberamts Calw.



**Nadelstammholz-Verkauf**  
im schriftlichen Aufstreich  
am Samstag, den 29. Oktober 1921, nachmitt. 1 Uhr  
auf dem Rathaus in Michelberg.

**Los Nr. 1 Distr. III Michelberg Abt. 2, 4, 6 u. 10**  
Langholz Fm 130,88 L., 50,61 II., 7,49 III., 3,26 IV.,  
5,27 V., 1,13 VI. Klasse  
Sägholz Fm 2,04 L., 4,79 II., 1,86 III. Klasse.

**Los Nr. 2 Distr. III Michelberg Abt. 5, 7 u. 9**  
Langholz Fm 104,84 L., 69,72 II., 47,15 III., 17,01 IV.,  
11,00 V., 0,31 VI. Klasse  
Sägholz Fm 1,91 L., 4,81 II., 0,91 III. Klasse.

**Los Nr. 3 Distr. II Hünenberg**  
Langholz Fm 131,27 L., 38,24 II., 14,70 III., 0,74 V.,  
0,96 VI. Klasse  
Sägholz Fm 14,83 L., 0,48 II., 0,65 III. Klasse.

**Los Nr. 4 Distr. I Meßtern**  
Langholz Fm 34,82 L., 69,26 II., 44,15 III., 29,86 IV.,  
19,55 V., 1,86 VI. Klasse  
Sägholz Fm 7,33 L., 7,09 II., 2,23 III. Klasse.

Bedingungslos schriftliche Angebote auf die einzelnen  
Lose sind, in Prozenten des Forstpreises für 1921 ausge-  
drückt, bis spätestens Samstag, den 29. Oktober 1921,  
nachm. 1 Uhr zu welchem Zeitpunkt die Öffnung der An-  
gebote stattfindet, bei dem Schultheißenamt einzureichen.  
Auskunft erteilt Waldschütz Federmann hier.

Gemeinderat.

**Melten schwann.**  
Die  
**Einweihung**  
des  
**Krieger-  
Denkmals**  
findet am  
Samstag, den 23. Oktober 1921  
nachmittags 2 Uhr  
statt, wozu einladet  
der Gemeinderat.

**Zahn-Praxis  
Luibrand**  
Samstag keine Sprechstunde.

Im Auftrag habe ich  
**Mart 6000.—**  
auf l. Hypothek auszuliehen  
**Carl Reichert,**  
Agenturgesch. Mittl. Brücke.  
Württemberg.  
Ein größeres Quantum  
**Dungkalk**  
hat abzugeben. Weiß.

Alle Hausfrauen  
kaufen Triumph-Möbel-Fuß  
**Wunderschön**  
Stets staubfreie, prachtvolle  
Möbel.  
Georg Pfeiffer, Calw;  
Fr. Lamparter, Calw;  
K. Otto Binson, Calw.

Zu verkaufen  
sind 2 ältere  
**Kommode,  
Betten.**  
Bahnhofstraße 400.

**1 Arbeiter**  
für Kernmacherei  
(Sieberei)  
wird sofort angenommen  
Pforzheim (Oststadt)  
Hammerstraße 7.

**Zwei tüchtige  
Gipfer**  
zum sofort. Eintritt  
gesucht  
August Schröfel, Gipfer-  
meister, Schönbürg,  
H. Neuenbürg.

2000 Mk. Monatsverdienst  
sind. Vertreter in Landw. be-  
such. Näh. d. E. Meier, Stutt-  
gart, Reinsburgstraße 116.

Altkulach.  
Eine mit dem 2. Kalb  
39 Wochen trüchtige  
**Schaff-  
Ruh**  
steht dem Verkauf aus  
Friedrich Gaiser.

**HERREN-HÜTE  
PELZWAREN**  
erstklassige Qualitäten  
zu billigsten Preisen  
**Viktor Martin & Co.,**  
am Leopoldsplatz, Pforzheim am Leopoldsplatz.

**Sozialdem. Verein  
Calw.**  
Morgen Samstag Abend  
8 Uhr bei Bäckermeister  
Kirchherr  
Mitgliederversammlung.  
Vollzähliges Erscheinen er-  
wartet der Vorstand

**Bezirks-  
Lehrer = Verein.**  
Die Zusammenkunft  
am 22. Oktober in Liebenzell  
findet nicht statt. E.

**Gefunden**  
wurde auf dem Wege von  
Neuweiler nach Würzbach ein  
**Portemonnaie**  
mit Geldeinhalt,  
daselbe kann gegen Ertrag  
der Einrückungsgebühr vom  
rechtmäßigen Eigentümer ab-  
geholt werden bei  
Krankenkontrollleur  
Bühler in Neuweiler.

Für den kleinen Haushalt  
meiner Schwester in Ockfistel  
bei Frankfurt am Main

**Suche**  
ein älteres, kinderliebes  
**Mädchen.**  
Kenntnisse im Kochen sind  
nicht erforderlich.  
Liesel Adolff.

Zuverlässiges  
**Mädchen**  
wichtig in Küche und Haus-  
halt, sofort oder etwas später  
gesucht.

Anfänglich 130 M. monatlich  
nebst Kostgeld. Näheres bei  
Frau Hedwig Haug,  
Nonnengasse 170.

**Suche** für sofort oder  
15. November ein fleißiges  
**Mädchen**  
nicht unter 18 Jahren, für  
Küche u. Haushalt bei gutem  
Lohn u. bester Behandlung.  
Albert Wohlleber,  
Gasth. z. Lamm, Liebenzell

**Ausgekämmte  
Frauenhaare**  
kauft fortwährend  
Friseur Obermatt.

**Georgenäum Calw.**  
Samstag, 22. Okt. v. morgens 10—5 Uhr nachm.  
und Sonntag, 23. Okt. v. morgens 9—5 nachm.  
**Briefmarken-Ausstellung**  
Eintritt Mk. 2.—  
Vorverkauf in der Buchhandlung Paul Olpp in Calw.

Gewaschen mit  
**Dixin**  
Henkel's Seifenpulver  
Hersteller  
Henkel & Co  
Düsseldorf

**Felle**  
von Maulwurf, Kanin, Feldhasen,  
Reh, Gans, Fuchs, Marder,  
sowie alle anderen Felle  
kauft zu den höchsten Preisen an.  
Auskäufer in den Landorten gesucht  
Vorprechen nur persönlich.  
**Erich Maischhofer, Pforzheim**  
Mod. Tierausstopferei, Lindenstr. 52, Fernspr. 1501

**Wand-Kalender für 1922**  
mit Märkte-Verzeichnis  
sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes  
das Stück zu 60 Pfennig erhältlich.

**Nur bis morgen Samstag**  
nimmt die Oberamtsparkasse  
Spenden für Oberschlesien  
entgegen. Damit wird die Sammlung von  
Geldspenden im Oberamt geschlossen.

**feuerio**  
Doppelfettseife  
80% Fett  
daher größte Ausgiebigkeit,  
das Beste für die Wäsche.  
VEREINIGTE SEIFENFABRIKEN STUTTGART  
"Zu haben in allen einschlägigen Geschäften"

**Württ. Bürgerpartei,  
Ortsgruppe Calw.**  
Wir machen unsere Mitglieder auf folgende  
**öffentlichen Versammlungen**  
aufmerksam und laden zu ihrem Besuch ein, und zwar:  
**in Horb** am 23. Oktober, nachmittags 2 Uhr,  
im „Lindenhof“  
mit Vortrag von  
**Dr. Beißwänger** über „Rückblick und Ausblick“,  
**Dr. Fürtz** über „Wir Katholiken und die deut-  
nationale Volkspartei“.  
**Oberst v. Rylander** über „Männer brauchen wir“,  
**in Stuttgart** am 29. Oktober, abends 8 Uhr  
im Saalbau Dinkelacker,  
mit Vortrag von  
Staatsminister a. D. **Hergt** über „Die politische Lage“  
und am 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr, mit Vortrag von  
Prof. **Dr. Martin Spahn** über „Der Katholizismus  
und die deutschnationale Idee“,  
Der Ausschuss.

**Hochzeits-Einladung.**  
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und  
Bekannte zu unserer am Samstag, 22. Oktober  
1921 stattfindenden  
**Hochzeits-Feier**  
in das Gasthaus zum „Bären“ in Stammheim  
freundlichst einzuladen.  
**Jakob Herber, Maurer, Stammheim.**  
**Kosine Dürr, geb. Holz, Seigenthal.**  
Kirchgang um 12 Uhr in Stammheim.  
Wir bitten, dies statt jeder besonderen Ein-  
ladung entgegenzunehmen zu wollen.

**Hochzeits-Einladung.**  
Statt Karten.  
Wir beehren uns, Freunde und Bekannte zu  
unserer am Samstag, den 22. Oktober 1921, statt-  
findenden  
**Hochzeits-Feier**  
in dem Gasthof zum „Kühlen Brunnen“ in  
Leinach freundlichst einzuladen.  
**Karl Schuwerk, Zimmermann,**  
Sohn des Karl Schuwerk, Zimmermann, in Leinach.  
**Maria Gittinger,**  
Tochter des Karl Gittinger, Kleinglattbach.  
Kirchgang 1 Uhr.

**Bad Liebenzell.**  
Zu unserer am Samstag, den 22. Oktober  
1921 stattfindenden  
**kirchlichen Trauung**  
beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Be-  
kante freundlichst einzuladen.  
**Gustav Wicker**  
**Pauline Weber**  
Kirchgang 1 Uhr.

**Moost-Effig**  
etwa 50 Ltr. verkauft, auch  
in kleineren Quantitäten.  
Fr. Kober, Salzgasse 60  
Ein bereits noch neuer  
**Mädchenmantel**  
Größe 42, ist zu verkaufen  
Waldborn, Liebenzell.  
4 fette  
**Enteride**  
verkauft  
**Jakob Ginader,**  
Stammheim.

**Kaffee**  
in bekannt guter  
Mischung,  
roh und jede  
Woche frisch  
gebrannt  
empfiehlt  
**C. Serva**  
Fernspr. Nr. 120.